

Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Ministerin

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/3966**

nachrichtlich:

Frau Präsidentin
des Landesrechnungshofs
Schleswig-Holstein
Dr. Gaby Schäfer
Hopfenstr. 30
24103 Kiel

Kiel, 04. Februar 2015

Jahresabschluss 2014

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

am 22. Januar 2015 wurden die Buchungen für das Haushaltsjahr 2014 abgeschlossen. Im Folgenden gebe ich einen Kurzbericht zum vorläufigen Jahresabschluss. Ein ausführlicherer Bericht über die Entwicklung des Haushaltsvollzugs 2014 erfolgt, wie gewohnt, mit dem Jahresbericht gemäß § 10 LHO.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Monika Heinold

1. Ergebnisse im Überblick¹

Kameralistik

Der Haushalt 2014 wurde mit Gesamteinnahmen und -ausgaben in Höhe von 13.727,8 Mio. € (2013: 12.878,6 Mio. €) abgeschlossen.

Die **bereinigten Einnahmen** (Gesamteinnahmen abzüglich Schuldenaufnahme am Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen und haushaltstechnische Verrechnungen) sind von 9.760,3 Mio. € um 139,1 Mio. € auf 9.621,2 Mio. € gesunken. Die Einnahmen aus Steuern (inkl. Kfz.-Steuerkompensation), Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen sind von 7.948 Mio. € um 124 Mio. € auf 7.824 Mio. € gesunken. Gegenüber dem Plan wurden 243 Mio. € weniger vereinbart.

Der **kommunale Finanzausgleich** ist von 1.237,1 Mio. € um 182,2 Mio. € auf 1.419,3 Mio. € gestiegen.

Das **Budget I** „Personal und Verwaltung“ ist von 3.957,6 Mio. € um 125,9 Mio. € auf 4.083,5 Mio. € und das **Budget II** „Zuweisungen/Zuschüsse/Investitionen“ von 3.610,1 Mio. € um 15,5 Mio. € auf 3.625,6 Mio. € gestiegen

Die **bereinigten Ausgaben** (Gesamtausgaben abzüglich Schuldentilgung am Kreditmarkt, Fehlbeträgen aus Vorjahren, Zuführung an Rücklagen sowie haushaltstechnischen Verrechnungen) sind von 9.644,9 Mio. € um 221,9 Mio. € auf 9.866,8 Mio. € gestiegen.

Das **Finanzierungsdefizit** (bereinigte Einnahmen abzüglich bereinigte Ausgaben) ist von - 115,4 Mio. € um 360,9 Mio. € auf 245,5 Mio. € gestiegen. Es liegt um rd. 43,0 Mio. € unter dem geplanten Finanzierungsdefizit.

Das **strukturelle Finanzierungsdefizit** gemäß der Landesverfassung beträgt 296 Mio. €.

Die **Nettokreditaufnahme** 2014 beträgt 212,8 Mio. €. Im Jahr 2013 wurde eine haushaltsmäßige Tilgung von rd. 296 Mio. € erreicht.

¹ Auf Grund der Darstellung aller Zahlen in Mio. € können Rundungsdifferenzen auftreten.

Erfolgsrechnung

Die Erfolgsrechnung weist im Jahr 2014 mit + 148 Mio. € ein positives **operatives Ergebnis** aus. Es verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr von rd. + 624 Mio. € um 476 Mio. € auf rd. + 148 Mio. €. Gegenüber der ursprünglichen Planung verschlechterte sich das operative Ergebnis um 103 Mio. €.

So konnten mit den Einnahmen aus Steuern und Sonstigen Erträgen die regelmäßigen Ausgaben für Personal und Verwaltung sowie für Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionen gedeckt und ein Überschuss von 148 Mio. € erzielt werden.

Das positive operative Ergebnis ist insbesondere auf die Entwicklung der Zinsausgaben zurückzuführen. Die reinen Steuereinnahmen verzeichneten dagegen einen Rückgang von rd. 153 Mio. €. Die Ausgaben für **Personal und Verwaltung** erhöhten sich um insgesamt 126 Mio. €. Die Ausgaben aus Landesmitteln für **Zuweisungen und Zuschüsse und Investitionen** stiegen um 187 Mio. € gegenüber dem Vorjahresergebnis.

Das im Wesentlichen von den Zinsausgaben beeinflusste **Finanzergebnis** verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr von rd. 861 Mio. € um 92 Mio. € auf 769 Mio. €, gegenüber dem Planansatz mussten rd. 135 Mio. € weniger für Zinsen aufgewendet werden.

Das **außerordentliche Ergebnis** (Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen, außerordentliche Erträge/Aufwendungen) steigt von 379 Mio. € in 2013 um 23 Mio. € auf 402 Mio. €. In diesem Ergebnis ist die vierte Rate der Konsolidierungshilfe in Höhe von 80 Mio. € für das Jahr 2014 enthalten. Die Einnahmen aus Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen stiegen um 28 Mio. € gegenüber dem Vorjahr.

Das Jahresergebnis schließt mit einem **Fehlbetrag** von - 219,7 Mio. € ab und fällt damit 362 Mio. € schlechter aus als das Vorjahresergebnis (2013: + 142,1 Mio. €). Dieses Ergebnis liegt 40,5 Mio. € unter dem Planansatz.

2. Ergebnisse der Erfolgsrechnung im Detail (Anlage)

2.1 Operatives Ergebnis (Tz. 14)

Das operative Ergebnis verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr von + 624,4 Mio. € um - 476,8 Mio. € auf + 147,6 Mio. €

2.2 Einnahmen aus Steuern (Tz. 1)

Die Steuereinnahmen des Landes sind von 7.328,6 Mio. € um 152,6 Mio. € auf 7.176,0 Mio. € gesunken. Sie lagen 244,3 Mio. € unter dem Haushaltssoll. Die im ersten Halbjahr 2014 festgestellte negative Entwicklung der Steuereinnahmen setzte sich auch im zweiten Halbjahr fort. Ursachen dafür waren z.B. die Abrechnung und Zerlegung der Sportwettsteuer 2013/2014, die Zerlegung hoher Körperschaftsteuereinnahmen aus dem letzten Quartal 2013 sowie die vorläufige Abrechnung des Umsatzsteuerausgleiches für das Jahr 2013 im Länderfinanzausgleich. Sie führten zu hohen Erstattungen an andere Länder. Die Einnahmen aus Steuern unterschritten das mit der Novembersteuerschätzung 2014 prognostizierte Niveau um 240,0 Mio. €. Aus dem gesunkenen Einnahmenniveau lässt sich aufgrund der beschriebenen Ursachen keine Trendentwicklung ableiten.

Landessteuern

Die Einnahmen aus den Landessteuern sanken von 597,6 Mio. € (Vorjahr) um 15,1 Mio. € auf 582,5 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr sind bei der Grunderwerbsteuer (+ 76,8 Mio. €), hier wirkt die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes zum 1. Januar 2014, und der Erbschaftsteuer (+ 23,3 Mio. €) Mehreinnahmen zu verzeichnen. Die Einnahmen aus der Sportwettsteuer (siehe oben) sanken um - 116,4 Mio. € und die der Lotteriesteuer gegenüber dem Vorjahr um - 0,5 Mio. €. Die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer (+ 0,6 Mio. €) und der Biersteuer (+ 1,2 Mio. €) übertrafen das Vorjahresergebnis.

Landesanteil an Gemeinschaftssteuern

Die Einnahmen aus den Landesanteilen an den Gemeinschaftssteuern sanken Gegenüber dem Vorjahr von 6.731,0 Mio. € um - 137,6 Mio. € auf 6.593,4 Mio. € und entwickelten sich im Einzelnen wie folgt:

• Lohnsteuer inkl. Zerlegung	+ 117,8 Mio. €
• Veranlagte Einkommensteuer	+ 31,0 Mio. €
• nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	- 14,6 Mio. €
• Körperschaftsteuer	- 114,3 Mio. €
• Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer kumuliert	- 110,9 Mio. €
• Gewerbesteuerumlage inkl. Erhöhungsbetrag	- 22,6 Mio. €
• Abgeltungsteuer inkl. Zerlegung	- 24,0 Mio. €

Einnahmen aus steuerähnlichen Abgaben (Tz. 2)

Die Einnahmen aus steuerähnlichen Abgaben sanken gegenüber dem Vorjahr von 59,4 Mio. € um insgesamt 3,8 Mio. € auf 55,6 Mio. €. Sie überschritten um 3,2 Mio. € den Planansatz.

Verwaltungseinnahmen (Tz. 3)

Die Verwaltungseinnahmen sind gegenüber dem Vorjahr von 466,2 Mio. € um 4,5 Mio. € auf 461,7 Mio. € gesunken.

Maßgeblich für den Vorjahresvergleich ist die in 2013 erfolgte einmalige Erstattung der GMSH aus erhaltenen Umsatzsteuerrückzahlungen für die Jahre 2006 bis 2011 in Höhe von 15,7 Mio. €

Die Gebühreneinnahmen aus Gerichtskosten, die das Vorjahresergebnis um 15,0 Mio. € überschritten haben, sowie die Mehreinnahmen aus den Gebühren und Auslagen bei Immissionsschutzrechtlichen Anzeige- und Genehmigungsverfahren in Höhe von 4,4 Mio. € haben zu einer Kompensation dieses Ergebnisses beigetragen.

Die Einnahmen der Feldes- und Förderabgabe haben das Vorjahresergebnis um - 13,5 Mio. € unterschritten. Der Planansatz in Höhe von 128,0 Mio. € wurde um rd. 3,6 Mio. € unterschritten.

Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit (Tz. 6)

Die Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit stiegen gegenüber dem Vorjahr von 445,2 Mio. € um 23,7 Mio. € auf 468,9 Mio. €

Dieser Anstieg erklärt sich im Wesentlichen durch folgende Mehrausgaben:

Die Durchführung der Europawahl (Epl. 04) erfolgte im Jahr 2014 (2,4 Mio. €).

Im Epl. 14 wurden die Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen durch das zentrale IT-Management neu bewertet und geordnet.

Dienstleistungen werden nunmehr nicht mehr aus einem investiven Titel, sondern aus den sächlichen Verwaltungsausgaben gezahlt (7,4 Mio. €).

Im Epl. 12 wurden für Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen erstmalig im Jahr 2014 Titel eingerichtet aufgrund neuer Zuordnungsmöglichkeiten in der GMSH (+ 5,6 Mio. €). Darüber hinaus wurden für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen 2,9 Mio. € im Rahmen der Deckungsfähigkeit gem. § 7 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2014 (siehe Tz. 11) verausgabt.

2.3 Personalaufwand (Tz. 7)

Die Personalausgaben insgesamt stiegen von im Vorjahr 3.512,4 Mio. € um 102,2 Mio. € auf 3.614,6 Mio. €. Der Planansatz wurde um rd. 54 Mio. € unterschritten.

Für Beamtenbezüge sowie Löhne und Gehälter wurden gegenüber dem Vorjahr rd. 38 Mio. € zusätzlich aufgewendet. Diese Mehrausgaben stehen überwiegend im Zusammenhang mit den in 2013 und 2014 erfolgten Besoldungs- und Tariferhöhungen. Unter Berücksichtigung der zentral veranschlagten Mittel für Besoldungs-

und Tarifierhöhungen, die im Verlauf des Jahres bedarfsgerecht umgesetzt wurden, erfolgte eine Unterschreitung des Planansatzes um rund 25 Mio. €. Die Spannbreite der Unterschreitung variiert zwischen 0,19 Prozent und 2,35 Prozent.

Die Versorgungs- und Beihilfeausgaben (Tz. 7d) stiegen von 1.286,5 Mio. € um 64,1 Mio. € auf 1.350,6 Mio. €.

Aufgrund der ansteigenden Zahl von Versorgungsempfängerinnen/-empfängern sowie höherer Gesundheitskosten ist grundsätzlich auch künftig mit einem steigenden Ausgabenniveau zu rechnen. Darüber hinaus ist anzumerken, dass sich die zum 01. Juli 2013 wirksam gewordene Erhöhung der Versorgungsbezüge um 2,45 % im Jahr 2014 ganzjährig und die Erhöhung zum 01. Oktober 2014 um 2,75 % anteilig ausgewirkt hat. Zur Finanzierung wurden aus den global veranschlagten Verstärkungsmitteln 20,4 Mio. € in den Versorgungsbereich umgesetzt. Infolge dieser Umsetzung wurde der Planansatz bei den Versorgungsbezügen (OGrp. 43) um rd. 6 Mio. € unterschritten.

Die Beihilfen, Unterstützungen und Fürsorgeleistungen (OGrp. 44) sind von 246,3 Mio. € um 13,1 Mio. € auf 259,4 Mio. € gestiegen; der Planansatz wurde um 14,4 Mio. € unterschritten. In diesem Ausgabeblock ist auch die Heilfürsorge für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte enthalten. Einem Soll von 12,0 Mio. € standen im Jahr 2014 Ist-Ausgaben von 13,7 Mio. € gegenüber. Im Jahr 2013 waren es 12,1 Mio. €. Die Mehrausgaben bei der Heilfürsorge wurden durch Minderausgaben bei der Beihilfe gedeckt.

2.4 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen (Tz. 9)

Die Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen **ohne Investitionen** sind von 892,3 Mio. € um 21,9 Mio. € auf 914,2 Mio. € gestiegen.

Hinter den Mehreinnahmen verbergen sich vorrangig die Erstattungen des Bundes für Grundsicherungsaufwendungen nach dem SGB XII (+ 67,4 Mio. €). Diese Mittel werden zu 100% an die Kommunen weitergeleitet.

Die Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen **für Investitionen** sind von 286,6 Mio. € um 31,8 Mio. € auf 254,8 Mio. € gesunken. Ursächlich hierfür sind:

- Kostenerstattungen des Bundes für den Aufbau eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems - 13,6 Mio. €,
- Zuweisungen der EU im Rahmen des Zieles Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in der Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 - 19,9 Mio. €,
- Zuweisungen der EU zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes (für allgemeine Vorfinanzierungsmaßnahmen) - 10,5 Mio. €.

2.5 Ausgaben für Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionen (Tz. 10)

Die Ausgaben für Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionen stiegen im Vergleich zum Vorjahr von 4.640,4 Mio. € um 189,1 Mio. € auf 4.829,5 Mio. €. Die Mehrausgaben gegenüber dem Planansatz betragen 132,7 Mio. €.

Die wesentlichen Einflussfaktoren sind:

Nicht zweckgebundene Zuweisungen an Gemeinden (u.a. KFA) (Tz. 10a):

Die Ausgaben sind im Vergleich zum Vorjahr von 1.123,8 Mio. € um 191,9 Mio. € auf 1.315,7 Mio. € gestiegen.

- Die Zuweisungen zum Ausgleich der Belastungen der Gemeinden aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs stiegen von 94,9 Mio. € um 9,8 Mio. € auf 104,7 Mio. €.
- Die Schlüsselzuweisungen nach dem FAG sind gegenüber dem Vorjahr (998,3 Mio. €) um 181,9 Mio. € auf 1.180,2 Mio. € gestiegen. Ursächlich hierfür sind - neben deutlich gestiegenen Verbundgrundlagen - die zweite Glättungstranche zur Verstetigung der Finanzausgleichsmasse (65,8 Mio. €) sowie Einnahmen aus der Finanzausgleichsumlage (10,6 Mio. €).

Zweckgebundene Zuweisungen (Tz. 10b):

Die Ausgaben sind gegenüber dem Vorjahr von 1.564,9 Mio. € um 66,6 Mio. € auf 1.631,5 Mio. € gestiegen.

- Erstattungen an Kommunen für die Erfüllung der Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe (- 28,8 Mio. €),
- Erstattung an Kreise und Gemeinden für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (+ 67,4 Mio. €),
- Erstattung von Leistungen im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten (+ 19,1 Mio. €),
- Erstattung von Kosten der Hilfe zur Erziehung minderjähriger Flüchtlinge (+ 5,4 Mio. €)
- Landeszuweisungen (einschl. zusätzlicher Mittel zur Finanzierung des Krippenbaus) zur Förderung von Kindern unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege (+ 8,8 Mio. €).

Zuschüsse für laufende Zwecke (Tz. 10c):

Die Ausgaben stiegen von im Vorjahr 1.312,0 Mio. € um 3,2 Mio. € auf 1.315,2 Mio. €.

- Zuschüsse für Forschung und Lehre im UKSH (- 3,0 Mio. € gegenüber dem Vorjahr; der Zuschuss entspricht dem Haushaltsansatz 2014),
- Zuschuss für Investitionskosten und diesen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gleichstehenden Kosten sowie nach § 9 Abs. 1 HSG für das UKSH (Änderung der Veranschlagung: Zahlungen erfolgen nicht mehr aus Tit. 0720.02.891 23 sondern aus Tit. 0720.02.682 26) (+ 26,6 Mio. €)
- Zuschüsse an die Hochschulen des Landes (+ 6,3 Mio. €),
- Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Gefangene (Neuer Titel im Zusammenhang mit der Auflösung des internen Landesbetriebes (VAW)) (+ 3,0 Mio. €),
- an private Verkehrsunternehmen für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und SPNV Ersatzleistungen auf der Straße (- 4,6 Mio. €),
- Fahrgelderstattungen für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr an private Unternehmen (- 8,4 Mio. €),

- Auslaufendes EU-Programm (ZP Arbeit) Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (- 9,3 Mio. €),
- Zuschüsse an private allgemeinbildende Schulen (ausgenommen Waldorfschulen) (+ 2,9 Mio. €),
- Hochschulpakt 2020 (Phase I ist beendet) (- 12,3 Mio. €),
- Hochschulpakt 2020 (Phase II) (+ 2,0 Mio. €),
- Erstattung von Wohngeld an die Bewilligungsstellen (- 8,6 Mio. €).

Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen (Tz. 10e):

Die Ausgaben des Jahres 2013 sind von 547,5 Mio. € um 73,9 Mio. € auf 473,6 Mio. € im Jahr 2014 gesunken. Der Planansatz wurde um 7,7 Mio. € überschritten.

Dieses Ergebnis ergab sich im Wesentlichen durch die Zuführungen zu den Sondervermögen im Vorjahr und im Jahr 2014:

Zuführungen im Jahr 2013:

- | | |
|---|-------------|
| • Verkehrsinfrastruktur | 26,0 Mio. € |
| • Förderung von Investitionen zum Ausbau der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren | 10,0 Mio. € |
| • Hochschulsanierung | 37,0 Mio. € |
| • Energetische Sanierung | 35,0 Mio. € |

Zuführungen im Jahr 2014:

- | | |
|---|-------------|
| • Verkehrsinfrastruktur | 10,0 Mio. € |
| • Breitband | 14,0 Mio. € |
| • Förderung von Investitionen zum Ausbau der Kindertagesbetreuung | 12,3 Mio. € |
| • Hochschulsanierung | 8,7 Mio. € |

Im Hinblick auf den Ist-Ausgabenvergleich zum Vorjahr ist es durch verschiedene Mehr- und Minderausgaben, wie z.B.:

- | | |
|---|---------------|
| • An private Unternehmen für Investitionen | - 3,3 Mio. € |
| • Bundesmittel für den kommunalen Straßenbau | - 3,3 Mio. € |
| • An öffentliche Unternehmen aus Bundesmitteln | + 9,0 Mio. € |
| • Zuweisungen an die Landeshauptstadt Kiel für das ÖPP-Projekt Berufliche Schulen in Kiel - Maßnahme ist abgeschlossen (RBZ) | - 10,4 Mio. € |
| • Zuweisungen an Träger öffentlicher Schulen aus Bundes- u. Landesmitteln für Investitionen im Schulbau im Rahmen der energetischen Sanierung f. Gemeinden mit Finanzproblemen (Restabwicklung) | - 3,0 Mio. € |
| • Zuweisungen an Träger öffentlicher Schulen im Schulbau (Restabwicklung) | - 4,1 Mio. € |
| • Zuschuss für Investitionen im UKSH (Änderung d. Veranschlagung - siehe Tz. 10c) | - 15,0 Mio. € |

geprägt.

2.6 Investitionen (Tz. 11)

Die Bau-Investitionen (Tz. 11b) sanken im Vergleich zum Vorjahr von 97,4 Mio. € um 7,3 Mio. € auf 90,1 Mio. €

Vom Planansatz insgesamt wurden 71,4 Mio. € nicht verausgabt.

Dieses Ergebnis ergab sich - bezogen auf die Unterschreitung des Planansatzes - durch folgende Effekte:

- Minderausgaben/-einnahmen für Baumaßnahmen des Bundes - die Mittelzuweisungen des Bundes erfolgten direkt an das Amt für Bundesbau - 44,5 Mio. €
- geringerer Mittelabfluss der Ressortbaumittel - diese wurden im Rahmen der Deckungsfähigkeit für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen gem. § 7 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2014 (siehe Tz. 6) umgesetzt - 3,5 Mio. €
- Minderausgaben beim Ausbau und Neubau von Hochschulen (rd. 8,7 Mio. € wurde dem Sondervermögen Hochschulsanierung zugeführt - siehe Tz. 10e) - 8,8 Mio. €
- geringerer Mittelabfluss der zugeteilten Zensusmittel - 8,1 Mio. €
- Minderausgaben im Justizbereich und bei der Maßnahme Grundinstandsetzung Behördenzentrum durch Bauverzögerungen - 4,5 Mio. €
- Erwerb von Wasserschutzpolizeibooten - die Veranschlagung und die Ausgaben entsprechen den Planungen gem. Bootskonzept + 3,3 Mio. €
- Einführung des digitalen Sprech- u. Datenfunksystems – die Ausgaben entsprechen dem aktualisierten Planungsstand. - 3,8 Mio. €

2.7 Finanzergebnis (Tz. 18)

Das Finanzergebnis sank von 861,4 Mio. € um 92,4 Mio. € auf 769,0 Mio. €

Das Ergebnis wird wesentlich von der Höhe bzw. Entwicklung des Zinsaufwandes (Tz. 17) bestimmt. Der Aufwand sank von 862,5 Mio. € um rd. 89,0 Mio. € auf 773,5 Mio. €. Gegenüber dem Planansatz mussten rd. 135 Mio. € weniger für Zinsen aufgewendet werden.

Prägend für die Entwicklung der Zinsausgaben sind das krisenbedingt andauernde niedrige Zinsniveau, die Optimierungs- und Sicherungsmaßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements sowie die günstige Schuldenstandentwicklung in Folge der Tilgung im Haushaltsjahr 2013.

3. Außerordentliches Ergebnis

Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen

Die Einnahmen aus Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen sind gegenüber dem Vorjahr von 300,6 Mio. € um 28,4 Mio. € auf 329,0 Mio. € und gegenüber dem Planansatz um 1,1 Mio. € gestiegen.

Konsolidierungshilfen

Schleswig-Holstein erhält für den Zeitraum 2011 bis 2019 jährlich Konsolidierungshilfen. Zum 1. Juli 2014 wurde die volle Rate in Höhe von 80 Mio. € vom Bundesministerium der Finanzen ausgezahlt.

4. Rücklagen (Tz. 24)

Der Landtag hat sich der Auffassung des Landesrechnungshofs angeschlossen, künftig Rücklagenbildungen nur noch für den Zins- und Derivatbereich und für wenige Sonderfälle zuzulassen.

Für die Auflösung nicht mehr erforderlicher Rücklagen wurden folgende Titel zentral eingerichtet:

Titel 1111 – 359 06 „Entnahmen aus den Rücklagen Sabbatjahr“ und

Titel 1111 – 359 07 „Zuführung von nicht mehr benötigten Rücklagenbeständen an den Landeshaushalt“.

Bis zum Jahresende 2014 wurden von den Ressorts in diesen Bereichen 33,6 Mio. € an Rücklagen aufgelöst.

Weiterhin erfolgten wesentliche Rücklagenentnahmen zu folgenden Zwecken:

- | | |
|--|------------|
| - für Lehrpersonal aus den Rücklagen „Sabbatjahr“ | 8,2 Mio. € |
| - Investitionen im Schulbau rd. | 1,0 Mio. € |
| - Digitalfunk | 4,0 Mio. € |
| - für den Bereich „Wasserwirtschaft, Meeres- und Küstenschutz“ | 2,2 Mio. € |

5. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Tz. 23) und Netto-Kreditaufnahme (Tz. 27)

Der Jahresfehlbetrag aus der Erfolgsrechnung beträgt - 219,7 Mio. €; im Vorjahr schloss diese mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von + 142,1 Mio. € ab.

Die Nettokreditaufnahme 2014 beträgt 212,8 Mio. €. Im Jahr 2013 wurde eine haushaltsmäßige Tilgung von rd. 296 Mio. € erreicht.

Ein ausführlicherer Bericht über die Entwicklung des Haushaltsvollzugs 2014 erfolgt mit dem Jahresbericht gemäß § 10 LHO.

	2014 Abweichung Vorjahr in T€	2014 Abweichung Soll in T€	2014 IST in T€	2014 Haushaltsansatz in T€	2013 IST in T€
1 Einnahmen aus Steuern	-152.646	-244.250	7.175.950	7.420.200	7.328.596
a) Steuern	0	0	0	0	0
b) Globale Mehr-/ Mindereinnahmen (+)/(-)	-3.831	3.210	55.561	52.351	59.392
3 Einnahmen aus steuerähnlichen Abgaben	-4.530	19.702	461.706	442.004	466.236
2 Verwaltungseinnahmen	-2.521	1.962	333.067	331.105	335.588
4 Sonstige Einnahmen	0	49	319.149	319.100	319.149
a) vom Bund für übergegangene Kfz-Steuer	-2.521	1.913	13.917	12.005	16.439
b) andere					
5 Steuereinnahmen und sonstige Erträge	-163.528	-219.376	8.026.283	8.245.659	8.189.812
6 Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	-23.722	60	-468.893	-468.953	-445.171
a) sächliche Verwaltungskosten	-1.093	-6.856	-166.618	-159.762	-165.525
b) persönliche Verwaltungskosten	-23.636	9.836	-285.201	-275.037	-241.565
c) alle übrigen Verwaltungskosten	1.007	-2.920	-37.074	-34.154	-38.081
7 Personalaufwand	-102.208	53.961	-3.614.637	-3.668.598	-3.512.429
a) Beamteneinbezüge	-25.404	-87.988	-1.807.751	-1.719.763	-1.782.347
b) Löhne und Gehälter	-12.667	62.215	-456.296	-518.512	-443.629
c) Globale Mehr-/ Minderausgaben für Personal	0	73.260	0	-73.260	0
d) Altersversorgung und Unterstützung	-64.137	6.473	-1.350.590	-1.357.063	-1.286.453
8 Ergebnis Personal und Verwaltung	-125.931	54.021	-4.083.530	-4.137.551	-3.957.599
9 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen	-9.753	118.459	1.169.083	1.050.625	1.178.836
a) Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen ohne Investitionen	21.981	140.368	914.249	773.881	892.268
b) Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	-31.734	-21.909	254.834	276.743	286.569
10 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse	-189.139	-132.659	-4.829.507	-4.696.849	-4.640.368
a) Nicht zweckgebundene Zuweisungen an Gemeinden (u. a. KfA)	-191.892	-7.686	-1.315.666	-1.307.981	-1.123.774
b) Zweckgebundene Zuweisungen	-66.606	-135.973	-1.631.500	-1.495.527	-1.564.894
c) Zuschüsse für laufende Zwecke	-3.230	18.884	-1.315.207	-1.334.090	-1.311.977
d) Schuldendiensthilfen	-1.235	-193	-93.507	-93.314	-92.271
e) Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	73.824	-7.691	-473.628	-465.937	-547.452
11 Investitionen	7.337	71.411	-90.082	-161.493	-97.418
a) Bau-Investitionen	4.186	9.584	-44.680	-94.264	-48.865
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	0	0	5.120	0
12 Globale Mehr-/ Minderausgaben (-)/(+)	-187.370	61.676	-3.795.185	-3.856.861	-3.607.815
13 Ergebnis Zuweisungen, Zuschüsse, Investitionen	-476.829	-103.679	147.568	251.247	624.397
15 Erträge aus Beteiligungen	3.349	3.255	4.405	1.150	1.055
16 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17	27	103	76	87
17 Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	89.053	135.043	-773.488	-908.532	-862.541
18 Finanzergebnis	92.419	138.325	-768.981	-907.305	-861.399
19 Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen	28.399	1.052	328.952	327.900	300.554
a) Einnahmen aus Länderfinanzausgleich	19.152	-515	177.685	178.200	158.533
b) Einnahmen aus Bundesergänzungszuweisungen	9.246	1.567	151.267	149.700	142.021
c) Erstattungen an Länder	0	0	0	0	0
d) Erstattungen an Bund	0	0	0	0	0
20 Außerordentliche Einnahmen (einschl. Konsolidierungshilfe)	14.880	11.023	121.977	110.953	107.096
21 Außerordentliche Aufwendungen	-20.663	-6.197	-49.241	-43.044	-28.578
22 Außerordentliches Ergebnis	22.616	5.878	401.688	395.810	379.072
23 Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag aus Erfolgsrechnung	-361.794	40.524	-219.725	-260.248	142.069
nachrichtlich					
Kommunaler Finanzausgleich (KfA) (in lfd. Nr. 10 a), b) und e) enthalten)	-182.161	-8.011	-1.419.264	-1.411.253	-1.237.103
Budget I	-125.931	54.021	-4.083.530	-4.137.551	-3.957.599
Budget II	-15.553	-52.849	-3.625.638	-3.572.789	-3.610.086

